

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Der fünfte internationale Bergarbeiter-Kongress.

(Fortsetzung.)

Für Deutschland liegen zwei Berichte vor, einer für das Königreich Sachsen, der andere für die übrigen Bergbaubezirke Deutschlands. Der letztere Bericht schildert die Vorgänge bei dem Bergarbeiterausstand am Schluß des Jahres 1892 im Saarrevier, und wird darin dargelegt, daß das Mißlingen des Ausstandes wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß die Bergarbeiter des Ruhrreviers zu lange mit der Arbeitseinstellung zögerten. Die verunglückten Streiks im Ruhr- wie im Saarrevier führten zu dem schon lange von den Unternehmern geplanten Kohlenmonopol. Dieses hat, um die Konkurrenz der Gruben untereinander zu beseitigen, eine wiederholte Verringerung der Kohlenproduktion von zusammen 20 Prozent eintreten lassen. Dadurch ist eine große Zahl Bergarbeiter brotlos geworden, und hat dieses Loos gerade die der Organisation angehörenden Bergarbeiter getroffen. Derart abgelegte Bergleute finden auf keiner Grube mehr Beschäftigung. Die Bergarbeiter stehen einer vereinigten Unternehmerschaft gegenüber und hat diese Alles gethan, die Löhne zu reduzieren und die Organisation der Bergleute zu zerstören.

Die Durchschnittslöhne betragen:

	1891	1892	1893*)
	M.	M.	M.
Saar-Revier	1137	1042	980
Dortmunder Revier	1086	976	980
Rachener Revier	948	865	884
Oberschleisisches Revier	693	669	694
Niederschleisisches Revier	759	747	748

Dem gegenüber wurden von den Bergwerksgesellschaften im Jahre 1891 an Dividenden von 5 bis 80 Prozent, im Jahre 1892 von 5 bis 40 Prozent gezahlt.

Die Zahl der Unglücksfälle hat sich im Bergbau vermehrt, und läßt dies erkennen, daß die Unter-

*) Die Durchschnittslöhne von 1893 sind nach den in den bürgerlichen Zeitungen über die Löhne des dritten Vierteljahres von 1893 berechnet, lassen also die wirkliche Lohnlage nicht erkennen.

nehmer auf Leben und Gesundheit der Arbeiter keine Rücksicht nehmen.

Im Salzbergbau hat sich die Monopolwirtschaft schon früh entwickelt und ist auch da eine Kürzung der Löhne zu konstatieren.

In Niederschlesien herrscht noch die 10stündige Arbeitsschicht. Die Löhne sind bis zur Verkümmern der Leute heruntergedrückt. Die Behandlung sucht ihres Gleichen in ganz Deutschland.

Die obereschleisischen Bergleute stehen ohne jegliche Organisation, sind dem Kapital und der Geistlichkeit vollständig unterworfen und brachten es bisher nur fertig, durch lokale Streiks auf einige Tage an ihren Ketten zu rütteln. Eine Agitation zur Organisation erlitt eine heftige Verfolgung, jedoch ist das Feld dafür fruchtbar, die Leute erwarten den Anstoß von außen, doch bildet dafür die dortige Sprache ein Hinderniß.

Die Gesamtsituation der beschriebenen Reviere ist: Kleine Löhne, grobe, unterdrückende und zugleich aufreizende Behandlung, Mangel an gründlichen Vorkehrungen zur Verhütung der Unglücke und vorbeugender Aufsicht.

Im Königreich Sachsen sind 30 903 Bergarbeiter vorhanden. Es waren im Bergbau beschäftigt Kinder von 12—14 Jahren: 1891: 517, 1892: 184; jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren: 1891: 666, 1892: 812 männliche, 7 weibliche; Arbeiterinnen über 16 Jahre 1892: 633.

Nach der amtlichen Lohnstatistik von 1892 betragen die Löhne von M. 469 bis M. 1081 pro Jahr für männliche Arbeiter. Die Durchschnittslöhne betragen für alle Arbeiter von M. 433 bis M. 1055.

Die Arbeitszeit beträgt nur in einzelnen Gruben 9 Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt. Im Durchschnitt wird 10 bis 12 Stunden gearbeitet. Im Altenburger Revier giebt es überhaupt keine geregelte Arbeitszeit. Die Arbeit dauert meist 14 bis 15 Stunden. In einigen Gruben herrscht dabei eine Temperatur von 40 bis 50 Grad Celsius.

Auch in Sachsen werden der Organisation der Bergarbeiter die größten Schwierigkeiten in den

Bericht über die Stärke der Gewerkschafts-Organisationen in Freiburg i. B.

Aus Freiburg i. B. erhalten wir die nebenstehende Aufstellung über die dort vorhandenen Gewerkschaftsorganisationen. Ein Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells ist der Uebersicht über die Stärke der Organisationen nicht beigefügt, und müssen wir uns darauf beschränken, die einfachen Zahlen zu veröffentlichen. Es war beabsichtigt worden, auch Angaben über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu machen, doch konnten die nöthigen Feststellungen nicht zuverlässig erfolgen.

Außer den angeführten 13 Vereinen resp. Zweigvereinen der Zentralorganisationen bestehen noch Vereine der Gipser, Konditoren und Bäcker, doch haben diese Organisationen sich dem Gewerkschaftskartell nicht angeschlossen und keine Fühlung mit demselben.

Der Streik der Maurer in Freiburg i. B., welcher seitens des Gewerkschaftskartells nach jeder Richtung unterstützt wird, dürfte einen neuen Ansporn zur Organisation und dem Kartell eine größere Festigkeit geben.

Rang-Nr.	Gewerte	Gesamtzahl der im Berufe Beschäftigten	Organisirte Arbeiter	Nicht-organisirte Arbeiter
1	Buchbinder . .	75 Gehülfen 75 Mädchen	12	63 75
2	Buchdrucker . .	158 Gehülfen	113	45
3	Glafer	23	14	9
4	Hafner	19	10	9
5	Holzarbeiter . .	380	82	298
6	Hutmacher . .	6	6	—
7	Maler	162	24	138
8	Maurer	650	180	470
9	Metallarbeiter	650	70	580
10	Steinhauer . .	165	50	115
11	Schneider . . .	193	33	160
12	Schuhmacher . .	76	26	50
13	Zimmerer . . .	?	?	?
	Summa	2632	620	2012

Situationsbericht.

Der Streik der Zimmerer in Danzig, welcher am 4. Mai seinen Anfang nahm, dauert unverändert fort. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Danzig ist am 26. April eine Einigung in Bezug auf Regelung der Arbeitszeit, wöchentliche Lohnzahlung, sowie daß an jedem Sonnabend eine Stunde früher Feierabend gemacht wird, ohne daß ein Lohnabzug dafür erfolgt, herbeigeführt worden.

Diese Vereinbarungen sollen mit dem 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten.

In Bezug auf die weitere Forderung der Arbeiter, einen Minimallohn von 40 \mathcal{M} pro Arbeitsstunde festzusetzen, ist eine Vereinbarung nicht zu Stande gekommen. Daraufhin traten die Arbeiter am 4. d. M. in den Streik. Nur 10—15 Mann — von 450 am Orte anwesenden — arbeiten weiter. Bis heute hat sich aber erfreulicherweise die Zahl der Streikbrecher noch nicht vermehrt.

Die Bauunternehmer sträuben sich hartnäckig, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen und haben erklärt, daß ein Mindestlohnsatz niemals anerkannt werden könne.

In einem an die Bürger Danzigs gerichteten Flugblatt, sowie in einem an die Staats-, Provinzial- und Gemeindebehörden gerichteten Rundschreiben erbitten die Herren Bauunternehmer die Hilfe der Bürger und der Behörden im Kampfe gegen die Anstürmungen der Umsturzpartei. Am Schlusse heißt es in dem Flugblatt:

„Wir haben an sämtliche Bauinnungen bezw. Baugewerksmeister der Provinz Westpreußen das Ersuchen um Ueberweisung von Arbeitskräften gerichtet und werden dieses Ersuchen auch noch auf die Baugewerksmeistervereinigungen der anderen Provinzen ausdehnen. Es steht daher zu erwarten, daß binnen Kurzem auswärtige Arbeitskräfte in

genügender Anzahl hier eintreffen werden, welche es ermöglichen, daß die eingestellten Bauten dann wieder ordnungsmäßig fortgeführt werden können.“

An der deutschen Arbeiterschaft liegt es nun, die schöne Hoffnung der Bauunternehmer, fremde Arbeitskräfte nach Danzig zu locken, illusorisch zu machen und den Zimmerern zum Siege zu verhelfen. Der Zuzug von Zimmerern nach Danzig ist deshalb streng fernzuhalten und für genügende pekuniäre Unterstützung der Streikenden Sorge zu tragen.

Geldsendungen sind zu richten an: Eugen Sellin, Rittergasse 17, Danzig.

In Bremen dauert der Streik der Schmiede unverändert fort. Es befinden sich etwa 70 Mann im Ausstand. Unterstützung ist sehr nothwendig.

Zuschriften und Sendungen sind zu richten an: H. Wiechmann, Friesenstr. 48, Bremen.

Der Streik der Bauarbeitersleute in Flensburg ist beendet. Die Forderungen der Arbeiter sind zum größten Theil bewilligt. Maßregelungen haben nicht stattgefunden. Die Organisation der Bauarbeiter ist durch diesen Kampf gestärkt worden.

In Lüneburg haben die Bauarbeiter ihre Forderung (2 \mathcal{M} Lohnerhöhung pro Stunde) leider nicht durchsetzen können. Eines theils haben sich Streikbrecher in genügender Zahl gefunden, anderentheils soll die Handlungsweise der dortigen Maurer dazu beigetragen haben, daß der Streik verloren ging.

Der Malerstreik in Bremerhaven wurde nach fünfwöchiger Dauer eingestellt und ist als verloren zu betrachten. Aus der Hauptkasse wurden \mathcal{M} . 700 an Unterstützung gezahlt.

Die Generalkommission.

ungelernter Arbeiter in die Bergwerke und der ungeheuren Zunahme der Konkurrenz der Händler untereinander herrührt. Der Kongreß kommt deshalb überein, daß alle Nationalitäten jedes zulässige Mittel anwenden sollen, um die Kohlenförderung einzuschränken und mit gesetzlichen Mitteln versuchen sollten, die ungelerten Arbeiter von der Einfahrt in die Bergwerke für die Zukunft abzuhalten."

Die Belgier und Franzosen beantragen:

"In Anbetracht dessen, daß die Ueberproduktion die erste Ursache der beklagenswerthen Lage der Bergarbeiter ist, daß sie ebenso gegen ihre Interessen als gegen die der Unternehmer verstoßt;

in Anbetracht dessen, daß es bringend geboten ist, dem ein Ende zu machen, indem man die Produktion regelt, d. h. sie den Bedürfnissen der Konsumenten durch internationale Verständigung anpaßt; in Anbetracht dessen, daß, um die erzielten Resultate zu überwachen und aufrecht zu erhalten, die Organisation eines internationalen Arbeiter-Comités in Kraft tritt;

so erklärt der Kongreß, daß es durchaus nothwendig ist, sich ohne Zögern auf den von G. Lewy angegebenen Weg zu begeben.

Während der Abstimmung wurde diese Resolution zurückgezogen und folgende eingebracht:

"Die Frage der Ueberproduktion ist so kompliziert, daß sie auf diesem Kongreß nicht behandelt werden kann. Deshalb wird die unmittelbare Ernennung eines Ausschusses von neun Mitgliedern (für jede Nationalität drei) vorgeschlagen, der die Frage prüfen und dem nächsten Kongreß Bericht darüber erstatten soll. Dieser Ausschuß soll sechs Monate vor Eröffnung des nächsten Kongresses zusammentreten."

Der Präsident weigerte sich, diese Resolution zur Abstimmung zu bringen, da sie nicht gemäß der Geschäftsordnung dem Geschäftsordnungscomité vorgelegen hatte.

Diese Auffassung des Präsidenten gab zu heftigen Auseinandersetzungen Veranlassung und wurde trotz des Widerpruchs der Belgier, Franzosen und Deutschen nur über die von den Engländern und Deutschen eingebrachten Resolutionen abgestimmt.

Die Resolution der Deutschen wurde abgelehnt, die der Engländer gegen die Stimmen der Belgier, Franzosen, Deutschen und Oesterreicher angenommen. Die Vertreter von Northumberland und Durham enthielten sich der Abstimmung.

Das System Lewy, dessen Durchführung die Belgier wünschen, enthält folgende Punkte.

Durch internationale Vereinbarung muß die Kohlenproduktion verringert werden. Dies soll dadurch erfolgen, daß nur an 4 bis 5 Tagen in der Woche gearbeitet wird. Dagegen müssen die Löhne für 5 oder 6 Tage in der Woche bezahlt werden. Das bedeutet eine sofortige Erhöhung der Löhne um 25 pZt. Ferner sollen in einem Zeitraum von 3 Monaten die Löhne um weitere 50 pZt. erhöht werden und zwar 14 Tage nach Annahme des Lewy'schen Vorschlages um 10 pZt., einen Monat später um weitere 10 pZt., nach Verlauf eines zweiten Monats um weitere 10 pZt. und nach abermals einem Monat um die letzten 20 pZt. Aus dem durch höhere Preise erzielten Gewinn

sollen 25 pZt. den Arbeitern und 75 pZt. dem Kapital als besondere Dividende zufallen. Außerdem soll der Achtstundentag überall eingeführt werden. In allen denjenigen Kohlenbergwerken der Welt, die nicht innerhalb acht Tage formell diese von einer internationalen Konferenz der Bergarbeiter beschlossenen Vorschläge angenommen haben, soll der allgemeine Streik ausbrechen. Die Wahl zwischen vier oder fünf Arbeitstagen in der Woche bleibt den einzelnen Ländern je nach dem Stand der Kohlenkonsumtion überlassen.

Von dem Präsidenten wurde nunmehr dem Kongreß mitgetheilt, daß die englische Delegation abreisen müsse, da sie ihre Reisedispositionen für den folgenden Tag getroffen hätten. Es wäre daher nöthig, den Kongreß zu schließen. Die Belgier, Franzosen und Deutschen verlangten, daß der Kongreß am anderen Tage noch die beiden letzten Punkte der Tagesordnung erledigen solle. Trotzdem verabschiedeten sich die Engländer.

Am anderen Tage, Sonnabend, 19. Mai, hatte sich die englische Delegation durch zwei ihrer Mitglieder vertreten lassen. Auf deren Wunsch wurden die letzten beiden Tagesordnungspunkte: "Die Berginspektion und die Arbeiterpensionskasse", abgesetzt und nur noch die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt.

Von allen Nationen wurde versichert, daß die Mißhelligkeiten nicht derartig seien, daß sie zu ernstlichen Differenzen führen könnten. Mißverständnisse, die ihre Ursache in der Sprachenverschiedenheit haben, hätten den Anstoß zu Meinungsverschiedenheiten gegeben. Besonders sei die Abreise der Engländer nicht eine Folge von Mißstimmung, sondern durch der getroffenen Reiseplan nothwendig geworden.

Der Kongreß bestimmt als Ort des nächsten Kongresses einstimmig Paris und wählt hierauf noch das internationale Comité. Zum internationalen Comité werden von jeder Nation zwei Delegirte gewählt. Das Comité hat die Aufgabe, die Vorarbeiten für die Kongresse zu machen. Ferner sind in diesem Comité alle internationalen, die Bergarbeiter berührenden Fragen zu erörtern.

Außerdem besteht für den internationalen Verband, dem alle Bergarbeiter der Welt beitreten können, eine Geschäftsleitung, mit dem Sitz in London.

Der internationale Verband hat die Aufgabe, die Interessen der Bergarbeiter aller Nationen zu vertreten. Beiträge werden zu diesem Verband nicht bezahlt. Die Beamten werden von ihren Organisationen besoldet. Die Kosten für die Comité-sitzungen und Kongresse tragen die Delegirten. (So mußte zu diesem Kongreß jeder Delegirte M. 10 Beitrag bezahlen.) Der Verband ist eine lose Verbindung aller Nationen. Denselben gehören bis jetzt die auf dem Kongreß vertretenen Nationen an.

Die Mitglieder des internationalen Comité's gelten gleichzeitig als Sekretäre des von ihnen vertretenen Landes und haben die internationale Korrespondenz zu führen.

Mit der Wahl des internationalen Comité's waren die Arbeiten des Kongresses beendet und wurde derselbe am 19. Mai, Vormittags 11 1/2 Uhr, geschlossen.

Weg gelegt. Trotzdem ist es gelungen, bereits 9000 Bergarbeiter zu organisieren.

Nach Erledigung der Berichterstattung, welche eine geraume Zeit in Anspruch nahm, obgleich eine Diskussion der einzelnen Berichte nicht erfolgte, wurde über den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag diskutiert. Es lag dazu folgende von der Majorität der englischen Bergarbeiter (Miners Federation) eingebrachte Resolution vor:

„Der Kongress hält an dem Prinzip eines gesetzlichen Achtstundentages fest, Einfahrt und Ausfahrt eingeschlossen, da seiner Meinung nach nur auf diesem Wege der Achtstundentag gewonnen und dauernd gesichert werden kann für alle Nationalitäten, welche auf diesem Kongress vertreten sind.“

Von der Minorität der englischen Bergarbeiter war eine Resolution dahingehend eingebracht und begründet, daß es nicht rathsam sei, einen gesetzlichen Achtstundentag zu geben. Wenn die Organisation der Bergarbeiter stark genug sei, würde die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden auch ohne die Gesetzgebung kommen. Die Bergarbeiter im Norden von England hätten sich durch die Organisation schon eine 7 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit erkämpft.

Die französische Delegation beantragte, den Achtstundentag auch auf die in den Bergwerken über Tage beschäftigten Arbeiter auszudehnen.

Die Resolution der Minorität der englischen Bergarbeiter wurde abgelehnt, und die der Majorität gegen zehn Stimmen, welche von den Vertretern der Bergarbeiter des Nordens von England abgegeben wurden, angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution der französischen Delegation ergab sich folgendes Resultat: Die Minorität der englischen Bergarbeiter stimmte dagegen. Die Majorität enthielt sich der Abstimmung. Die anderen Nationen stimmten einstimmig dafür.

Nach der Geschäftsordnung, welche auf einem früheren Kongresse festgesetzt war, wird in den Sitzungen des Kongresses nicht nach Zahl der Delegirten, sondern nach Zahl der vertretenen Bergarbeiter abgestimmt. Da nun die englische Delegation 645 000 Bergarbeiter vertrat, die Delegationen der anderen Nationen zusammen aber nur 462 300, so hatte die Majorität der englischen Bergarbeiter, sobald sie geschlossen stimmte, auch dann die Majorität im Kongress, wenn die Minorität der Engländer, welche 120 000 Bergarbeiter vertrat, sich absonderte. Diese Einrichtung, welche der Englischen Delegation unter allen Umständen die Majorität sicherte, machte die Stellungnahme der Vertreter anderer Nationen völlig einflußlos und führte im Verlaufe des Kongresses zu Mißhelligkeiten und zur Annahme von Resolutionen, welche die Zustimmung der Vertreter der Bergarbeiter des Festlandes unter keinen Umständen finden können.

Der Antrag der französischen Delegation, auch für die Arbeiter über Tage den gesetzlichen Achtstundentag zu fordern, fand nur durch die Stimmenthaltung der Majorität der Engländer Annahme, ein Beweis dafür, daß auch diese den Achtstundentag durch Gesetz nur für die Arbeiter über Tage haben will.

In Bezug auf die Frauenarbeit fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Bergarbeiter-Kongresses in Brüssel vom Jahre 1893 beschließt der gegenwärtige Kongress, daß in allen Ländern der Welt die Frauenarbeit in allen Bergwerken unter und über Tage verboten werden müsse.“

Zu dem Punkt der Tagesordnung, „Haftpflicht der Unternehmer“, war von den belgischen Delegirten folgende Resolution eingebracht:

„In Anbetracht der zahlreichen Unfälle, welche in den Bergwerken vorkommen, beantragt die Delegation der Belgier, daß der Kongress mit Nachdruck die Frage der Verantwortlichkeit der Grubenbesitzer bei Betriebsunfällen in Angriff nimmt.“

Die Engländer sprechen gegen diese Resolution, welche nach ihrer Meinung zu unklar gefaßt und in ihrer Begründung zu weitgehend sei.

Da die Majorität der Engländer gegen die Resolution stimmte, während die Vertreter aller anderen Nationen einstimmig dafür waren, so wurde die Resolution abgelehnt.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung: „Ein normaler Arbeitslohn, wie er zu erlangen und festzuhalten ist,“ war von den englischen Delegationen folgende Resolution eingebracht:

„Der Kongress ist der Meinung, daß der einzige Weg, ein Lohnminimum (living wage) zu erhalten und zu behalten, die Organisation ist, und daß keine Frage, welche das Lohnminimum betrifft, entschieden werden kann, ohne daß die Interessenten Kenntniß nehmen können von den Gewinnen, Verlusten, Verkaufspreisen usw.“

Von den deutschen Delegirten war zu dieser Resolution folgender Zusatzantrag eingebracht:

„Der Kongress fordert, daß in jedem Lande das Lohnminimum gesetzlich festgelegt wird.“

Die Engländer stimmten gegen diesen Zusatzantrag, die Vertreter der anderen Nationen dafür. Bei der Abstimmung über die Resolution enthielt sich die Minorität der englischen Bergarbeiter der Abstimmung, die Majorität stimmte dafür, die Franzosen, Belgier, Deutschen und Oesterreicher geschlossen dagegen.

Der Zusatzantrag war abgelehnt und die Resolution mit einer Stimmenmehrheit von 62 700 vertretenen Bergarbeiter angenommen.

Ähnlich gestaltete sich die Abstimmung bei den für den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Ueberproduktion und was von internationaler Seite geschehen muß, um dieselbe zu verhindern,“ eingebrachten Resolutionen.

Die deutschen Delegirten hatten folgende Resolution eingebracht:

„Der Kongress erklärt, um der Ueberproduktion zu steuern, ist es zunächst nothwendig, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn zu erhöhen, da die Ueberproduktion wesentlich auf Unterkonsumtion zurückzuführen ist. Die ganze Ueberproduktion gänzlich zu beseitigen, ist erst dann möglich, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung umgewandelt ist.“

Die Engländer beantragen folgende Resolution: „Der Kongress ist der Ansicht, daß die Ueberproduktion von Kohlen von der Einführung